

Ed Grace

Ein sich vereinigendes Europa und die Kirchen

Die Tatsache, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der mächtigste und reichste wirtschaftliche Zusammenschluß dieser Welt ist, der die wirtschaftlich-politische Vereinigung Europas einleitet und die künftige Entwicklung Europas bestimmt, geht positiv oder negativ alle Völker an, ob sie jetzt der Ersten oder der Dritten Welt, dem Westen oder dem Osten zuzurechnen sind oder keinem der beiden Blöcke angehören, ob sie christlich oder islamisch oder überhaupt nicht gläubig sind. In diesem Kontext ist es wichtig, sorgfältig die Frage zu untersuchen, wie die christlichen Kirchen dieser Vereinigung Europas und der künftigen Entwicklung, die sie impliziert, gegenüberstehen. Wenn eine solche Analyse es sich zu leicht macht, über die harte Wirklichkeit wirtschaftlicher Tatsachen und Strukturen hinwegsieht und den brennenden Problemen unserer Zeit aus dem Wege geht, dann kann sie mit dafür verantwortlich sein, daß die Christen nicht über eine «gnostische» Erkenntnis Europas hinwegkommen, die den kirchlichen Aufgaben der Verkündigung des Evangeliums und der Feier der Eucharistie schadet. Diese Erkenntnis würde ja in keinem Bezug zu einem kritischen Urteil über die strukturellen Veränderungen stehen, die in Europa und in der sonstigen Welt stattfinden, und zu den möglichen Maßnahmen, die man dabei ergreifen könnte. In der Behandlung dieses Themas werde ich vor allem, aber nicht exklusiv, auf die katholische Kirche eingehen, weil ich sie besser kenne und ihr näher stehe.

Die Gründe für eine europäische Vereinigung

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde am 18. April 1951 auf Anregung von Jean Monnet, der ihr erster Präsident wurde, und

des französischen Außenministers Robert Schuman gegründet. Es war die erste supranationale europäische Organisation mit eigenen Souveränitätsrechten. Daher bedeutete sie eine Revolution gegenüber allen vorherigen europäischen Institutionen. Ihr zentrales Ziel war es, «die gesamte französische und deutsche Produktion von Kohle und Stahl einer gemeinsamen Autorität zu unterstellen in einer Gesellschaft, die für die Beteiligung anderer europäischer Nationen offensteht». Belgien, die Niederlande, Italien und Luxemburg traten bald dieser französisch-deutschen Montanunion bei¹. Schon in dieser Phase dachte man an die demokratische Wahl eines europäischen Parlamentes, die die gegenseitige Integration fördern würde. Es sollte neunundzwanzig Jahre dauern, bis eine solche Wahl auch tatsächlich stattfand². Der Vertrag von Rom bedeutete 1957 sowohl die Geburt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als die Entstehung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom³). In einer relativ kurzen Zeitspanne wurde die EWG die erste Handelsmacht in der Welt. Im Jahre 1972 betrug der Export der europäischen Gemeinschaft 27,6% des totalen Exportes der westlichen Welt; die USA exportierten hier nur 16,9%. 1973 wurden auch Dänemark, Irland und Großbritannien Mitglieder der europäischen Gemeinschaft. Dieses schnelle wirtschaftliche Wachstum war zum großen Teil folgenden Faktoren zu verdanken: 1. einer konsequenten Politik gemeinsamer Zolltarife gegenüber Drittländern, 2. einer zunehmenden Liberalisierung des Handels zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft⁴, 3. der Stabilität der internationalen Währungskurse, die sich damals auf den Dollar stützen konnte und 4. den niedrigen Ausgaben für Energie und Rohstoffe⁵.

Heute bleibt davon konkret eine Mischung aus einem Protektionismus für landwirtschaftliche Produkte, aus Importtarifen, die den Import qualitativ hochstehender technischer Produkte aus Japan und den USA eindämmen sollen, aus einer mit hohen Investitionen vorangetriebenen wissenschaftlichen Forschung und aus zwar nicht mehr ganz so billigen, aber noch immer vorteilhaften Preisen für Energie und Rohstoffe. Zudem weiß man heute um die Notwendigkeit, einen stabil bleibenden Import von einfachen industriellen Gütern und landwirtschaftlichen Produkten aus der Dritten Welt zu planen, damit diese über die nötigen Devisen verfügen oder wenigstens die Kredite aufnehmen können, um

die Güter der europäischen Wirtschaft zu kaufen. Auch will man die Produktionskosten der Basisgüter, die zum Überleben notwendig sind, der «Subsistenzgüter», so viel wie möglich senken, weil man dadurch ein zu schnelles Ansteigen der Lohnkosten verhindern und so konkurrenzfähiger bleiben will⁶.

Es gibt allerdings auch Faktoren, die der Entwicklung einer starken europäischen Industrie im Wege stehen, wie die Tatsache, daß die nationalen Regierungen nicht gerne ihre Befugnisse, in wirtschaftlichen Angelegenheiten selber zu entscheiden, aufgeben. Sie fühlen sich hier öfters zur Bestätigung der eigenen nationalen Souveränität berufen, so daß Schwierigkeiten für eine freie Zirkulation des europäischen Kapitals entstehen, die ja nur wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen würde. Es gelang bisher nicht, zu einer gemeinsamen europäischen Währung zu kommen oder eine gemeinsame Regierung zu installieren, wie es zum Beispiel die Bundesregierung der USA für die relativ autonom bleibenden Bundesstaaten ist. Die Not einer wahren politischen Integration zeigt sich um so dringlicher⁷.

Wie sehr die europäische Wirtschaft eine gemeinsame, unabhängige, geschlossene europäische Politik braucht, wird zum Beispiel deutlich, wenn man bedenkt, wie sehr die Europäer auf das Öl aus dem Nahen Osten angewiesen sind. Eine entschiedene, gemeinsame Politik würde die künftige Ölversorgung besser sichern und die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen verhindern, die dann entstehen würden, wenn die europäische Wirtschaft wegen Ölman gel zum Erliegen käme oder wegen steigender Ölpreise beeinträchtigt würde⁸.

Die Vereinigung Europas ist in diesem Kontext keine kirchliche, sondern eine wirtschaftlich-politische Angelegenheit, die allerdings Nebenfolgen für die Kirchen hat, so wie die feudale Wirtschaft des Mittelalters auch keine kirchliche Angelegenheit war, dennoch aber gelegentlich zu kirchlich-weltlichen Phänomenen wie den Fürstbistümern führte. Wir möchten im Kontext der Einswerdung Europas in bezug auf die Kirchen die Fragen stellen: 1. Sind die Kirchen für oder wider dieses Einswerdung? 2. Sind sie für oder gegen die bestehenden politischen Strukturen? 3. Legitimieren, ändern oder bedingen sie die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen? 4. Wollen die Kirchen Europa «christianisieren», oder begnügen sie sich damit, Wege zu suchen, in unserer Zeit in Europa Christ zu sein?

Die christlichen Kirchen und die Einswerdung Europas

In allen vorliegenden kirchlichen Dokumenten, die sich mit Europa auseinandersetzen, ob sie jetzt protestantisch oder katholisch sind, beschränkt man das Ideal eines vereinigten Europas nicht auf die zehn Länder der europäischen Gemeinschaft, sondern man will alle europäischen Länder miteinschließen. Schon 1976 hieß es in einem Dokument der belgischen Bischöfe: «Im Lauf der Jahrhunderte wuchsen und entwickelten sich dauernd innerhalb des europäischen Raumes, *vom Ural bis zum Atlantik*, die Werte, die uns heute teuer geworden sind.»⁹ Die Evangelische Kirche in Deutschland meint ähnlich: «Die Europäische Gemeinschaft ist ... nur ein Teil des ganzen Europas. Die kulturelle Einheit geht weit darüber hinaus. Dies müssen sich die Menschen in der Europäischen Gemeinschaft immer wieder vergegenwärtigen, damit sie nicht der Versuchung erliegen, sich gegenüber dem übrigen Europa abzuschließen und den Teil für das Ganze zu nehmen. Die Gemeinschaft muß offen sein für die Verbindung und Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas. Europa endet nicht an der Elbe.»¹⁰ Auch die sehr wichtige und programmatische Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen vom 19. April 1979 möchte Europa nicht auf die nichtkommunistischen Länder einschränken: «Ohne diese Verantwortung für ganz Europa in seiner Integrität von Ost und West aufzugeben, möchten wir heute anläßlich der kommenden ... Wahl gerade in dieser Perspektive (der Integrität Europas)...»¹¹ Paul VI. hatte schon 1966 die Katholiken aufgerufen, für ein «größeres Europa» als das der Europäischen Gemeinschaft zu arbeiten. Diese allgemeine Mahnung nahm inzwischen sehr konkrete Formen an wie die aktive Beteiligung des Vatikans an der Konferenz von Helsinki und die Anstrengungen der vatikanischen Diplomatie, daß Folgekonferenzen durchgeführt werden. Weil der neue Papst ein Osteuropäer ist, ist es nur selbstverständlich, daß auch er sich für eine breitere Sicht auf Europa ausspricht, «die große, ausgedehnte Halbinsel des eurasischen Kontinents», die «dem Ural entlang anfängt» und alles umschließt, was westlich des Urals liegt¹².

Man kann in bezug auf die sich mit Europa beschäftigenden kirchlichen Dokumente zusammenfassend feststellen, daß sie an dem Gedanken eines vereinten Gesamteuropas als ein wichtiges

Erbe aus der Vergangenheit und als Ziel für die Zukunft schon deswegen festhalten, weil dies ihnen als die Basis für die Fortdauer des Dialogs zwischen Ost und West erscheint. Daneben aber beziehen sie sich auf die Einigung Europas, die in der Europäischen Gemeinschaft stattfindet. Diese konkrete Einigung hier und jetzt wird indirekt unterstützt, denn der allgemeine Ton der Dokumente unterstützt den Prozeß der Vereinigung, der tatsächlich schon stattfindet.

Die christlichen Kirchen, Demokratie und Menschenrechte in Europa

Die katholischen Bischöfe sind eindeutig für die konkrete, jetzige Rolle demokratischer Wahlen und eines europäischen Parlaments im Prozeß der Einswerdung Europas: «Als Bischöfe aus den Ländern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bitten wir alle Katholiken, daß sie sich für die kommende Wahl des europäischen Parlaments verantwortlich und von ihr betroffen wissen, daß sie versuchen zu verstehen, wie wichtig diese Wahl ist, und daß sie fähig werden, sich als Christen, die die Probleme Europas so gut wie möglich verstehen, zu beteiligen.»¹³

Diesen Aufruf zu einer aktiven Beteiligung der Christen an der Demokratie sollte man positiv beurteilen, besonders dann, wenn man an die europäische Geschichte dieses Jahrhunderts vor allem in Deutschland und in Italien denkt. Die Bischöfe von Wales und England gingen noch einen Schritt weiter, als sie in ihrem Hirtenwort vom 25. März 1979 erklärten, daß es die Pflicht des Christen sei, sich an der Wahl zu beteiligen, es sei denn, daß er vor dem eigenen Gewissen überzeugt sei, die Nichtbeteiligung an der Wahl sei die einzig richtige moralische Haltung.¹⁴

Die Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland äußert sich noch eindeutiger über die Wichtigkeit der Demokratie, die sie als Voraussetzung für ein vereintes Europa betrachtet und mit den Menschenrechten in Zusammenhang bringt: «Die Europäische Gemeinschaft sollte eine geschichtlich gewachsene demokratische Gemeinschaft sein, für die die Achtung der Würde und der Freiheit des Menschen oberste Richtschnur des Handelns ist...»¹⁵ Auch die katholischen Bischöfe Europas zeigen sich um die Menschenrechte besorgt. Sie erwähnen ausdrücklich einige Rechte, die nach ihrer Meinung «im neuen Europa» unbedingt respektiert wer-

den müssen: «das Recht auf Leben, das Recht der Kinder vor und nach der Geburt, die Rechte der Frau, die der Familie, die Rechte der Flüchtlinge, die Rechte der Arbeiter, besonders der Gastarbeiter.»¹⁶ Die Verteidigung dieser Rechte wird zur kritischen Frage, wenn es heißt: «Wird man all diesen Rechten Rechnung tragen?»¹⁷ Die Evangelische Kirche in Deutschland ist nicht weniger kritisch, denn: «Eine Gemeinschaft, die ihre benachteiligten Regionen vergißt, setzt ihre Zukunft aufs Spiel. Auch deshalb muß eine Verminderung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den reichen Regionen und den ärmeren Gebieten erreicht werden.»¹⁸ Man kann also im großen und ganzen behaupten, daß die europäischen christlichen Kirchen der demokratischen Wahl eines europäischen Parlaments positiv gegenüberstehen, ohne diese Wahl deshalb zu «christianisieren». Zusätzlich zeigen sie sich um die Menschenrechte besorgt, und sie wissen, daß demokratische Wahlen und der Prozeß der europäischen Vereinigung nicht allein, «per se», den Frieden sichern und Gerechtigkeit hervorbringen.

Die christlichen Kirchen und die Strukturen der europäischen Wirtschaft

Vorausgesetzt, daß der wichtigste Impuls zur Einigung Europas das gegenseitige wirtschaftliche Interesse der beteiligten Länder war, ist es wichtig zu fragen, wo die europäischen Kirchen in bezug auf die Strukturen der europäischen Wirtschaft und ihre Auswirkungen in Europa und in der Welt stehen. Geben sie dieser Wirtschaft die christliche Taufe, d. h. heißen sie sie bedingungslos gut?

Wenn man von dem Dokument ausgeht, das zehn europäische Bischofskonferenzen 1979 unterschrieben, dann heißt die Antwort: «Nein». Schlagen sie statt dessen ein sozialistisches wirtschaftliches System vor? Die Antwort ist wieder: «Nein!» Natürlich gilt auch für das Verhalten der Bischöfe das alte Sprichwort: «Wer schweigt, stimmt zu.» Die Bischöfe haben in bezug auf die europäische Wirtschaft in der Vergangenheit oft geschwiegen. Dennoch ist die Zustimmung nicht mehr so bedingungslos und das Schweigen nicht mehr so andauernd. Die Bischöfe formulierten Bedingungen, ohne die eine Wirtschaftsordnung nicht gerecht sein kann. Eine wichtige Bedingung, von der sie reden, ist die Suche nach mehr Gerechtigkeit in den Beziehungen zur Dritten

Welt. Das ist schon ein erster Schritt von der stillschweigenden Rechtfertigung des wirtschaftlichen Neokolonialismus weg. «Wir sind der Überzeugung», so schreiben die Bischöfe, «daß die Europäer eine Verantwortung gegenüber den anderen Ländern der Welt und besonders der Dritten Welt haben, die als Gleiche und nicht als Sozialhilfeempfänger behandelt werden sollten und die noch weniger ausgebeutet werden dürfen.» «Wenn ein großer Teil der Bevölkerung (der Dritten Welt) weiterhin unterernährt ist ... und oft vor Hungers stirbt, ist es dann kein Skandal, daß die industrialisierten Länder im Überfluß leben?»¹⁹

Daraus ist zu ersehen, daß die europäischen Kirchen um das wirtschaftliche Ungleichgewicht und um die daraus folgende Ungerechtigkeit wissen, die man angesichts der Botschaft des Christentums nicht dulden darf. Es ist leicht, solches ganz allgemein festzustellen; es ist weit schwerer, konkrete Konsequenzen daraus zu ziehen. Dennoch war man in dieser Hinsicht deutlicher, als man diesbezüglich gewöhnlich ist: «Die industriellen Gesellschaften und Handelsfirmen, die kulturellen Institutionen und die Organisationen der Gesundheitsfürsorge sollten so organisiert sein, daß sie der menschlichen Person die erste Stelle zuweisen.»²⁰ Allerdings kann man sich besonders im Hinblick auf die Dritte Welt fragen, ob es realistisch ist zu erwarten, daß die Würde der menschlichen Person im bestehenden wirtschaftlichen System wirklich auf eine solche Weise respektiert wird.

Deshalb fordern einige kirchennahen Organisationen wie die französische Kommission für Frieden und Gerechtigkeit eine neue Wirtschaftsordnung. «Der Ausdruck <die neue internationale Wirtschaftsordnung>», so erklären sie uns, «wurde zuerst auf der Zusammenkunft der Blockfreien in Algerien im Jahre 1973 gebraucht. ... Man muß auf diese Forderung seitens der Dritten Welt nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung eingehen, denn die <heutige Ordnung> berücksichtigt viele legitime Bedürfnisse der Völker nicht...»²¹ Die Kommission ging mit dieser Erklärung einen Schritt weiter als die europäischen Bischöfe, aus deren Erklärung nicht abzulesen ist, wie weit sie selber zu gehen bereit sind, um wirtschaftliche Rechte für die Dritte Welt einzuklagen und durchzusetzen. Auf alle Fälle benutzt auch die Kommission ein ähnliches Beispiel, wie die Bischöfe es benutzt hatten, um die fehlende Gerechtigkeit zu unterstreichen:

«Menschen müssen Hunger leiden, während genügend technisches Wissen da ist, das weiter entwickelt werden könnte, um die Produktion von genügend Nahrung für alle zu garantieren. Aber das technische Know-how wurde tatsächlich eher dazu genutzt, um Nahrungsvorräte zu horten und sie gegebenenfalls zu vernichten»²², je nachdem, was wirtschaftlich mehr Profit versprach.

Auf ähnliche Weise äußerte sich Douglas Hyde in einem Zusammenhang, in dem er über die Vereinigung Europas sprach. Er steht der Meinung vieler sozial aufgeschlossener Christen in Europa und in der Welt nahe, wenn er sagt: «Es ist etwas Absurdes und Unanständiges, wenn Leute vor Bergen von Nahrungsmitteln in einer Welt des Mangels stehen und sich dabei fragen, wo sie diese, ohne den Preis dafür auf dem heimischen Markt senken zu müssen, loswerden können. ... Wenn man ausdrücklich darauf aus wäre, menschliche Grundwerte auszuhöhlen und zu zerstören, könnte man dazu noch geeignetere und effizientere Wege erfinden?»²³

Im Vergleich dazu sprach der Essener Bischof Hengsbach im Namen der Deutschen Bischofskonferenz eine andere Sprache. Er forderte keine neue internationale Wirtschaftsordnung, sondern sah die Wahl des europäischen Parlaments als eine Möglichkeit, «eine Politik zugunsten der Marktwirtschaft» zu verstärken und «das Recht auf Privateigentum» zu verteidigen. Es gehe hier um zwei «wesentliche Prinzipien der katholischen Soziallehre». Er ruft die Katholiken auf, ihre «Verantwortung für den Aufbau des künftigen Europa auf sich zu nehmen», um obenerwähnte Ziele zu erreichen und um «das freie Europa gegen die Bedrohung, die von der kommunistischen Welt kommt»,²⁴ zu stärken.

Noch andere Standpunkte bestehen unter den Christen in bezug auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Strukturen Europas. Man denke hier zum Beispiel an die Christen für den Sozialismus. Wir wollen diese Standpunkte nicht referieren, sondern uns damit begnügen, festzustellen, daß man 1. dem bestehenden europäischen wirtschaftlichen System und seinen Folgen nicht dogmatisch gegenüberstehen darf, daß es 2. dennoch sehr wichtig ist, sich über dieses System Gedanken zu machen, wenn man etwas für mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt und für die Respektierung der Menschenrechte tun will, und daß 3. trotz der Tatsache, daß unterschiedliche

europäische Bischofskonferenzen 1979 ein gemeinsames Dokument unterschrieben, dennoch zwischen den verschiedenen Bischofskonferenzen und sehr wahrscheinlich innerhalb dieser Konferenzen unterschiedliche Meinungen unter den Bischöfen bestehen. Wenn man bedenkt, um welche schwere Probleme es hier geht und welche Interessen hier angesprochen werden, dann kann man sich vorstellen, daß die Zeit kommen kann, in der diese Unterschiede deutlich werden und sogar große Konflikte hervorrufen.

Die europäische Vereinigung, die europäische Kultur und die Botschaft des Christentums

Es gibt nichts, was für die Beantwortung der Frage, ob die Kirchen berechtigt und fähig sein werden, im Rahmen des sich in der Europäischen Gemeinschaft vereinigenden Europa die Menschenrechte zu verteidigen und soziale Gerechtigkeit zu fordern, so wichtig ist wie der Standpunkt, den diese Kirchen in bezug auf die Kultur, auf die europäische Kultur und auf die Kultur im allgemeinen, einnehmen werden. Denn an dem Standpunkt gegenüber der Kultur kann man auch die Fähigkeit zum kritischen Denken ablesen.

Zum Beispiel neigen auch die belgischen Bischöfe in ihrem doch so differenzierten Dokument über Europa dazu, das Kerygma der christlichen Botschaft mit der europäischen Kultur zu identifizieren, wenn sie feststellen, daß «wir als Europäer eine Sicht auf die menschliche Person und auf die Gesellschaft haben, in der (europäischer) Humanismus und die Weisheit des Evangeliums sich gegenseitig ergänzen.»²⁵ Eine solche Aussage «heilig» eine unbestimmte europäische Kultur, geht implizit davon aus, daß sie den anderen überlegen ist, verherrlicht sie als abstrakte Größe in sich, ohne ihrer Geschichte und ihren empirischen Formen Rechnung zu tragen. Mit einem Wort: auf diese Weise wird die sogenannte europäische Kultur jeder möglichen Kritik entzogen. Ist es aber zum Beispiel keine Tatsache, daß der europäische Humanismus zu einem großen Teil der Neuentdeckung der klassischen griechischen und römischen Kultur nach Jahrhunderten der Vergessenheit, d. h. schließlich den Wechselfällen der Geschichte zu verdanken ist? Ist das Evangelium nicht ursprünglich eine Äußerung semitischer Kultur?

Die Erklärung europäischer Bischöfe über Europa vom Jahre 1977 leidet unter demselben Fehler. Sie setzt die Botschaft des Christentums

fast ganz der europäischen Interpretation und der europäischen Praktizierung dieser Botschaft gleich. Die Bischöfe erklären – sie zitieren dabei eine Rede von Paul VI. –: «Die christliche Tradition gehört ganz wesentlich zu Europa.»²⁶ Natürlich stimmt es, daß die Botschaft der Bibel, die in der Begrifflichkeit und in der Vorstellungswelt einer Kultur des Vorderen Orients, in der jüdischen, zum Ausdruck gebracht worden war, in Europa in der Begrifflichkeit und der Vorstellungswelt der europäischen Kultur verstanden werden mußte. Dies brachte eine bewundernswerte Anstrengung zur Akkulturation des Christentums mit sich. Die Auseinandersetzung der europäischen Welt mit dem Christentum war tiefgreifend und prägte beide für immer. Es entstanden Theologien, geistige Strömungen und Institutionen, die versuchten, unter den Bedingungen der eigenen Zeit, der eigenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation eine authentische Antwort auf Gottes Ruf, den sie im Evangelium zu erkennen meinten, zu geben. Nochmals, diese Leistung ist groß. Der Satz aber «Die christliche Tradition gehört zu Europa» verführt dazu zu meinen, diese Leistung sei einmalig und nicht wiederholbar. Dadurch mißachtet man aber die großen, authentischen Anstrengungen nichteuropäischer Christen, ausgehend von ihrer Kultur das Christentum in ihrer Welt zu akkulturieren, zu verstehen und zu leben. Der Satz «Die christliche Tradition gehört wesentlich zu Europa» könnte dann als die Berechtigung verstanden werden, die Beiträge nichteuropäischer Christen zum Christentum als zweitrangig und nicht wesentlich zu betrachten. Man könnte zum Beispiel so die von Christen der Dritten Welt aufgeworfene Frage nach Gerechtigkeit auf Weltebene verdrängen.

Gegenüber dem Dokument der europäischen Bischöfe von 1977 bedeutet ihr Dokument von 1979 einen wesentlichen Fortschritt, denn im letzten Dokument wird der wesentlichste Grund für eine bleibende Offenheit gegenüber allen Kulturen angegeben: «Nach dem Bild Gottes geschaffen, besitzt die menschliche Person in sich geistige Werte.» Dieses Prinzip wird aber im Dokument leider nicht weiterentwickelt. In einem Vortrag «Europa und der heilige Benedikt» kam Bartolomeo Sorge, Herausgeber von «La civiltà cattolica», einer kulturellen Zeitschrift, der man nachsagt, daß ihre Meinung die des Papstes wiedergeben will, auf das gleiche Prinzip einer grundsätzlichen Offenheit gegenüber allen

Kulturen zu sprechen, als er sagte: «Die christliche Botschaft ist nicht an eine bestimmte Form der menschlichen Kultur oder an ein bestimmtes politisches, wirtschaftliches und soziales System gebunden. Sie kann nicht mit irgendeiner Ideologie oder mit einem der großen Blöcke identifiziert werden.»²⁷ Eine solche klare Aussage aus der Nähe des Vatikans bedeutet einen wichtigen Fortschritt. Sie besagt, daß keine Kultur einer anderen überlegen ist. Daraus folgt, daß, wer die Theologien der Dritten Welt mit den Normen der europäischen Kultur messen will, wissen muß, daß sein Urteil keinerlei religiösen Wert besitzt! Eine christliche Norm kann nur die Frage sein, wie ernsthaft und wie ehrlich man sich im Kontext der eigenen Kultur mit der Botschaft des Christentums auseinandersetzt, um sie zu verstehen und zu leben.

In seinem Vortrag sagt Sorge auch noch anderes, das aufmerksam gehört werden soll, weil es mit der Frage nach der Gerechtigkeit bezüglich der Europäischen Gemeinschaft und mit der Frage nach Christianisierung und Christsein zu tun hat. Sorge behauptet, daß dem heiligen Benedikt «eine Synthese zwischen heidnischer und christlicher Kultur gelang, die den Weg für die «mittelalterliche Christenheit» ebnete». Dadurch wurden die Völker vereint «in dem einen Glauben und in der gleichen Kultur und durch ein Verständnis von Arbeit und wirtschaftlicher Ordnung, das dem Maß des Menschen entspricht»²⁸.

Diese Aussage steht in einer bestimmten Spannung zu dem, was Sorge vorher über die Kultur gesagt hatte. Auch er unterliegt der Versuchung, mit der Würde des Christentums Nichtchristliches zu taufen, zu «heiligen». Dieses Mal geht es dabei um eine ganze geschichtliche Epoche, die des Mittelalters. Es scheint so, als ob die katholische Kirche über eine Art wirtschaftliches Programm verfüge, «das dem Maß des Menschen» automatisch entspricht. Eine solche Behauptung ist aber nicht nur historisch unrichtig, sondern sie ist auch gefährlich, weil sie die Suche nach Gerechtigkeit, die sich auf einer gründlichen Analyse des Wesens und der Folgen der Vereinigung Europas in der Europäischen Gemeinschaft stützen muß, voreilig durch eine überholte, ja noch nicht einmal historisch erwiesene, sondern im nachhinein konstruierte Auffassung meint lenken zu können.

Erstens war es nicht die Kirche, die bestimmt hätte, wie die mittelalterliche Wirtschaft sein

sollte. Die Wirtschaft des Mittelalters war die Folge des Niedergangs des europäischen Handels, nachdem die Sarazenen den Zugang zu den Handelsrouten über das Mittelmeer verschlossen hatten. Wo die großen Handelsbeziehungen unterbrochen waren, wurden die lokalen Wirtschaftseinheiten auf sich selbst zurückgeworfen. Der Austausch fehlte, die Anregungen von außen blieben aus, die Wirtschaft stagnierte. In der so entstehenden statischen Wirtschaftsstruktur nahm die Kirche mit ihrem bedeutenden Landbesitz und dem Bildungsmonopol eine bevorrechtigte Rolle ein²⁹. Weil diese Kirche auf seiten der Herrschenden stand, sogar diesen Herrschenden zugerechnet werden sollte, prägte sie natürlich die Kultur jener Zeit. Dies tat sie aber nicht notwendigerweise als *christliche* Kirche, ausgehend von der Botschaft des Evangeliums, sondern sie tat es an erster Stelle als wichtiger Machtfaktor in der Gesellschaft, der als solcher auch die Kultur gestaltete, wenn nicht beherrschte. Man kann sehr bezweifeln, ob auch die Leibeigenen und Hörigen des Mittelalters ihre Zeit als eine Zeit einschätzen würden, in der die wirtschaftliche Ordnung «dem Maß des Menschen entsprach». Ihnen wurde ja das Recht auf Privateigentum abgesprochen, und weil dieses Recht damals als Grundlage für verschiedene andere Rechte betrachtet wurde, nahm man ihnen auch wesentliche Persönlichkeitsrechte: Recht auf Heirat, Recht, sich frei anzusiedeln, den Wohnort zu wechseln... Wenn jemand dann unkritisch ein ganzes Zeitalter wie das Mittelalter zu einer Idylle verherrlicht, die völlig vom Evangelium inspiriert wäre, dann verstößt er nicht nur gegen die historische Wahrheit, sondern dann schadet er auch der Glaubwürdigkeit des christlichen Zeugnisses in der Europäischen Gemeinschaft.

Ist es nicht eine solche Identifizierung von kulturellen Gegebenheiten aus der Vergangenheit mit der authentischen Bedeutung der Botschaft des Evangeliums, die die Angriffe gegen die Theologen inspiriert, die versuchen, Europa und unsere moderne Welt dadurch neu zu evangelisieren, daß sie den christlichen Glauben mit der modernen europäischen und mit der modernen Weltkultur konfrontieren? Natürlich ist es legitim, anlässlich des Prozesses der europäischen Einigung auf vergangene kreative profane Leistungen der Christen wie die Entwicklung des slawischen Alphabets hinzuweisen, um deutlich zu machen, was die Kirchen heute für Europa

bedeuten können. Dennoch sollte man immer solche Leistungen in ihrem globalen, historischen Kontext sehen und ihren Wert darüber hinaus nicht ohne Grund verherrlichen.

Wenn die Kirchen sich weiterhin vor der kulturellen Entscheidung drücken, die Vergangenheit für das zu nehmen, was sie ist, und sie überholt sein zu lassen, wo sie überholt ist, dann laufen sie Gefahr, ein «gnostisches» Verständnis des Christentums aufrechtzuerhalten, das aber ein wesentliches Hindernis ist, wenn es darum geht, den christlichen Glauben in unserer Zeit zu inkarnieren. Dann sind sie verantwortlich für eine starre, auf eine verklärte Vergangenheit fixierte Mentalität bei vielen Christen, die eigentlich guten Willens und bereit sind, ihren Glauben zu einer lebendigen Realität in unserer Welt werden zu lassen. Dann bremsen sie unnötig die

Anstrengungen derjenigen Christen, die sich ernsthaft mit der bestehenden Wirtschaftsordnung und mit den Prozessen in unserer Welt auseinandersetzen, um ein neues «slawisches Alphabet» entstehen zu lassen, mit dessen Hilfe es einem neuen, lernbereiten Europa gelingt, die Angelegenheiten der Dritten Welt und ihre Sehnsucht nach Gerechtigkeit zu «lesen» und zu verstehen. Dann haben die kulturellen Absichtserklärungen und Betrachtungen der europäischen Bischöfe keinen konkreten Wert. Dann bleiben sie völlig losgelöst von der Feier der Eucharistie, die doch als Feier der Einheit Aufruf zur Begegnung sein sollte und die doch als die Anwesenheit der Liebe mitten in die brennende Frage nach der Verwirklichung der Gerechtigkeit im Prozeß der Einigung Europas hineinführen sollte.

¹ A. Caruso, *L'Italia nell'Europa unita: La civiltà cattolica*, Heft 3095 (2. Juli 1979) 492.

² G. Rulli, *Le elezioni dirette per il parlamento europeo: La civiltà cattolica*, Heft 3097 (7. Juli 1979) 89.

³ Caruso, aaO. 492.

⁴ A. Fonseca, *Verso l'unità monetaria europea: La civiltà cattolica* Heft 3074 (15. Juli 1978) 134.

⁵ Ebd. 135–138.

⁶ Ebd. 142–143.

⁷ Ebd. 147.

⁸ In Westeuropa bestehen zwar verschiedene starke politische Gruppen, oft auch mit demokratisch in die Parlamente gewählten Vertretern, die sich für eine sozialistisch inspirierte Wirtschaftsordnung einsetzen. Keine dieser Gruppen würde aber leugnen, daß die europäische Wirtschaft wegen des unzureichenden Besitzes eigener Rohstoffe und Energiequellen auf den Handel mit anderen Teilen der Welt angewiesen ist.

⁹ Die Berufung Europas. Erklärung der belgischen Bischofskonferenz vom 23. November 1976: *Il regno* 7 (1977) 172.

¹⁰ Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu den Wahlen zum Europäischen Parlament. Vom 21. Oktober 1978.

¹¹ Karol Wojtyła, *Frontiers of Europe: The Tablet* (9. Juni 1979) 547–548.

¹² Die Bischöfe der europäischen Bischofskonferenz, Ein vereintes Europa. Möglichkeit der Brüderlichkeit zwischen den Völkern: *IDOC-Internazionale*, Heft 1–2 (1979) 90.

¹³ Ebd. 91.

¹⁴ Hirtenwort der Bischöfe von Wales und England vom 31. März 1979.

¹⁵ Erklärung der EKD (s. Anm. 10).

¹⁶ Ein vereintes Europa ... (s. Anm. 12) 91.

¹⁷ Ebd. 91.

¹⁸ Erklärung der EKD.

¹⁹ Ein vereintes Europa ... 90.

²⁰ Die Berufung Europas (s. Anm. 9) 173.

²¹ Politik für eine neue internationale wirtschaftliche Ordnung: *Il regno* 9 (1977) 232.

²² Ebd. 233.

²³ D. Hyde, *Can the EEC be christian?: The Month* (Mai 1979) 160.

²⁴ *Il Regno* (15. März 1978) 105.

²⁵ Die Berufung Europas 172.

²⁶ Wort zu Europa. Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen vom 29. Juni 1977 (Bonn 1977) 5.

²⁷ *L'Osservatore Romano* (23. März 1980) 3.

²⁸ Ebd.

²⁹ H. Pirenne, *Economic and social history of medieval Europa* (New York 1936) 6–15; Urspr. Titel: *Histoire du moyen-âge*.

Aus dem Englischen übersetzt von Karel Hermans

ED GRACE

Studium der Philosophie an der Catholic University of America, der Theologie an der Gregoriana in Rom. Dozent für «Religion, Kultur und soziale Ethik» an der Temple University Abroad in Rom. Gründer und Herausgeber von *NTC-News*, eines seit sieben Jahren in Italien erscheinenden ökumenischen Informationsbulletins, das sich besonders mit dem Verhältnis zwischen Glauben und Politik beschäftigt. Veröffentlichungen u.a.: *The Vatican and Italian politics: Ecumenist* (Nov.-Dez. 1976); *Die katholische Linke in Italien: CONCILIAM* 14 (1978) 50–53; *The Dutch Church and the Synod: Com-Nuovi Tempi* (Jan. 1980). Anschrift: *NTC-News*, Via Firenze 38, I-00184 Roma, Italien.